Bericht:

Mit Sitzungsvorlage Nr. 11//2119 wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Sitz des beratenden Ausschussmitglieds für die Träger der freien Jugendhilfe künftig durch den/die stellvertretende JugendsprecherIn zu besetzen, da in der Wahlperiode 2011 – 2016 keine Teilnahme durch die Vereine/Institutionen mehr erfolgte.

Im Ausschuss bestand darüber Einvernehmen, sofern die Träger der freien Jugendhilfe ihren Verzicht erklären. Eine Abfrage hat nunmehr ergeben, dass es seitens der ev.-ref. Kirchengemeinde Schortens Interesse gibt. Ggf. werden noch weitere Vereine bzw. Institutionen dies erklären und ggf. wieder VertreterInnen für den Jugendausschuss bestimmen. Die Verwaltung hat daher zu einem „Wahlabend“ am 04.01.2017 eingeladen. Über das Ergebnis wird in der Sitzung berichtet. Die Feststellung trifft der Rat dann in seiner nächsten Sitzung.

Des Weiteren wurde die Verwaltung beauftragt, ein mögliches Antragsrecht der Jugendsprecher zu prüfen. Die beratenden Mitglieder haben alle Mitgliedschaftsrechte mit Ausnahme des Stimmrechts und des Auskunftsrechts nach § 56 NKomVG. Das Antragsrecht gemäß § 56 NKomVG könnte durch entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung eingeschränkt werden. Dieses ist jedoch in der zurzeit aktuellen Geschäftsordnung nicht der Fall. Insofern ist das Antragsrecht für die beratenden Mitglieder derzeit gegeben